

Information der betroffenen Personen (Gemeinsames Elternteil, Sorgeberechtigte, Kinder und Angehörige) (Art. 14 DS-GVO)

Verantwortlicher:

DRK Kreisverband Schmalkalden e. V., Wilhelm-Külz-Straße 17, 98574 Schmalkalden

Gesetzlicher Vertreter:

Der Vorstand

Datenschutzbeauftragter:

DataOrga® GmbH - Ingo Krause, E-Mail: datenschutz@drk-schmalkalden.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Der Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt für das Angebot der Schwangerschaftsberatungsstelle. Diese richtet sich an Menschen, die zu folgenden Themen eine Beratung in Anspruch nehmen können:

- Schwangerschaft und Geburt
- Probleme und Krisen während der Schwangerschaft und nach der Geburt
- Mutterschutz, Elterngeld, Elternzeit und anderen finanziellen Hilfen bei Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft
- Hilfen aus Stiftungsmitteln für Schwangere und Familien
- nach einem Schwangerschaftsabbruch
- zu vertraulicher und anonymer Geburt
- bei unerfülltem Kinderwunsch und Adoption
- bei Tot- und Fehlgeburt
- bei Beeinträchtigung des Kindes
- zu Sexualität, Verhütung und Familienplanung
- Mutter-/Vater-Kind-Kuren, Müttergenesungskuren

Damit sich die Ratsuchenden in allen schwierigen persönlichen Fragen mitteilen können, unterliegt das Beratungsstellenpersonal der Schweigepflicht nach § 203 StGB.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO erforderlich (§2, 5 und 6 des Schwangerschaftskonfliktgesetz - SchKG).

Durch die Inanspruchnahme unserer Dienste kommt eine Verarbeitung der Daten für die Erfüllung eines Vertrags oder einer vorvertraglichen Maßnahme gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO zu Stande.

Für weiterführende Verarbeitungen, wie z.B. Antragsstellung bei der Thüringer Stiftung „HandinHand“, für die Beantragung von Kuren etc., wird eine Einwilligung eingeholt.

Kategorien personenbezogener Daten können sein:

Bild- und Videodaten (Fotos, Videos)

Gesundheitsdaten (Daten über Familienplanung, Schwangerschaften, Verhütung, Mutterschutz, Leistungen nach SGB, Mutterpass, Atteste, Arztberichte etc.)

Kontaktdaten (Name, Geb.-Datum, Anschrift, Telefon, E-Mail, etc.)

Protokolldaten (Familienstand, Steuerklasse, Kinder, Steueridentifikationsnummer, Pass, Aufenthaltstitel, etc. Mitschriften zur Beratung (z.B. Biografiedaten, Kredite, Kontoinformationen, Ehe- bzw. Scheidungsunterlagen, Wohnform, Vaterschaftsanerkennungen, Unterhaltstitel, etc.)

Sozialversicherungsdaten (Sozialversicherungsdaten (Krankenkasse, Rentenkasse, Steuerdaten, Kirchensteuermerkmal)

Versicherungsdaten (Angaben zur Person, Kontaktdaten, Vertragsdaten)

Vertragsdaten (Mietvertrag, Kreditverträge, Leasingverträge, Privatdarlehen, Kaufverträge, Kindertagesstättengebühren, etc. Lohnzettel, Kontoauszüge, Schulden, Einkünfte, Sparanlagen, Wohnkosten, Unterhaltszahlungen, Bescheide Arbeitsagentur/ Jobcenter/ Sozialamt/ Ausländerbehörde, Grundbuchauszüge, notarielle Urkunden, etc.)

Kategorien von Empfängern:

Auftragsverarbeiter (Auftragsverarbeiter i. S. d. Art. 4 i. V. m. Art. 28 DS-GVO)

Dritter (Ärzte und Krankenkassen, Kureinrichtungen, Müttergenesungswerk-nach Unterzeichnung nach Erteilung einer Einwilligung bzw. Vollmacht.)

Intern (Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle)

Öffentliche Stelle (Im Falle des Verdachtes einer Straftat, werden Daten an die dafür zuständigen öffentlichen Stellen übermittelt.)

Sonstige Empfänger (Thüringer Stiftung – „HandinHand“ - nach Unterzeichnung des Antrages auf Schwangeren- sowie Familienhilfe)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

§ 3 Abs. 4 ThürSchKG

Die Beratungsaufzeichnungen nach § 10 Abs. 2 SchKG und § 33 Abs. 1 SchKG sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz von personenbezogenen Daten fünf Jahre aufzubewahren und anschließend zu vernichten.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Quelle der personenbezogenen Daten:

Die Daten wurden bei der betroffenen Person direkt erhoben durch: z. B. Gespräch, durch Vorlage der Originalunterlagen oder entsprechende Kopien.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Sie sind nicht zur Bereitstellung der Daten verpflichtet. Ohne die entsprechenden Daten, kann ggf. der Auftrag nicht erfüllt werden.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.